

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Dr. Jürgen Rochlitz und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Untersuchungen auf Dioxin- und Arsenkontaminationen in den ehemaligen Lager-  
stätten für flüssige Kampfmittel: Löcknitz in Mecklenburg-Vorpommern, Dessau in  
Sachsen-Anhalt, Munster in Niedersachsen, Lübbecke in Nordrhein-Westfalen,  
St. Georgen in Bayern und Halle-Ammendorf in Sachsen-Anhalt**

Der Bundestag wolle beschließen:

**I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

1994 haben Bodenuntersuchungen in Löcknitz (Mecklenburg-Vorpommern) hohe Dioxin- und Arsenbelastungen des Bodens auf dem Gebiet des ehemaligen Munitionslagers ergeben. Diese Dioxine stammen ursächlich aus der Verbrennung der flüssigen Kampfstoffe Schwefel-Lost (S-Lost) sowie arsenhaltigen Kampfstoffe aus den Jahren 1945 bis 1947. Die chemischen Zusammenhänge der Dioxinentstehung sind bis heute nicht bekannt, sie werden jedoch auf die Vernichtung der flüssigen Kampfstoffe zurückgeführt. Die Haupthypothese zur Dioxinentstehung stützt sich auf die Verwendung von Brand- (Dieselöl und Benzin) und Entgiftungsmitteln (Chlorkalk) bei der Vernichtung und Neutralisation der flüssigen Kampfstoffe.

In vier der fünf Lager wurden Kampfstoffe durch gleichartige Verbrennungsmethoden unschädlich gemacht. Es ist daher davon auszugehen, daß auch in diesen Lagern (außer Halle-Ammendorf) bzw. im Bereich der Vernichtung erhebliche Dioxin- und Arsenrückstände bestehen. Für diese Lager liegen jedoch nach unserer Kenntnis bis heute keine Dioxin- und Arsenmessungen und Bewertungen vor.

Vier der ehemaligen Lagerstandorte befinden sich heute in einer Nutzung bzw. in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten:

- Das ehemalige Lager Halle-Ammendorf befindet sich in der Nähe einer Plattenbausiedlung mit rund 50 000 Einwohnern.
- In St. Georgen sind die Lagerzisternen und die direkt daneben befindlichen Verbrennungszisternen mit Gebäuden überbaut, die von der Firma Siemens genutzt werden.
- Munster ist Truppenstandort und Übungsplatz sowie Standort für Verbrennungsanlagen von Rüstungsaltslasten.

- In Dessau wurde das Grundstück von einem Stuttgarter Unternehmen erworben. Die Firma erschloß das Areal zur Nutzung als Gewerbepark. Direkt auf dem Gelände befindet sich der Kampfstoffhochbunker. Ende der 50er Jahre wurden hier die Kampfstoffreste aus den Lagerzellen eingemauert. Nach Schätzungen befinden sich etwa 150 bis 200 Tonnen Kampfstoffgemisch und deren Zersetzungsprodukte in dieser ungesicherten Deponie mit etwa 15 Tonnen organisch gebundenem Arsen im Bunker.

Aus Gründen des vorsorgenden Gesundheitsschutzes der anliegenden Bevölkerung und der auf dem ehemaligen Gelände Beschäftigten sind für alle sechs Lagerstandorte Dioxin- und Arsenuntersuchungen absolut notwendig.

**II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:**

1. Unverzüglich für die o.g. ehemaligen Lagerstandorte und die jeweils angrenzenden Gelände repräsentative, rastermäßige, filigranhafte Dioxin- und Arsenmessungen durchzuführen. Hierbei muß die Probenahme aus verschiedenen Bodentiefen und besonders intensiv in der Nähe der Lagerbunker erfolgen. Eine unabhängige Probenahme und Bewertung der Meßergebnisse wird dabei vorausgesetzt.
2. Die Dioxin- und Arsenkonzentrationen, die für die verschiedenen Meßpunkte/Probenahmestelle in Löcknitz analysiert und durch die Bundeswehr überprüft wurden, offenzulegen.
3. Eine Überprüfung und Dokumentation über die Vernichtung der flüssigen Kampfstoffe in den sechs genannten Lagerstätten anzufertigen, aus der hervorgeht:
  - Welche Mengen Rest-Kampfstoffe neutralisiert und vernichtet wurden.
  - An welchen Stellen die Verbrennung der Kampfstoffe vorgenommen wurde.
  - Mit welchen Hilfsmitteln und Apparaturen die Vernichtung der Kampfstoffe erfolgte.
4. Detaillierte Informationen und Unterlagen über die Entsorgung und Vernichtung der flüssigen Kampfstoffe an den o.g. Lagerstandorten durch die alliierten Truppen anzufordern und auszuwerten.
5. Sanierungspläne für alle Standorte auf der Grundlage der Ergebnisse der Dioxin- und Arsenmessungen erarbeiten zu lassen.

Bonn, den 22. Juni 1995

**Ulrike Höfken**

**Steffi Lemke**

**Dr. Jürgen Rochlitz**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**